



Verehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

[...] Wir feiern hier und jetzt ein Jubiläum, den sechzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Jubiläen fordern Jubel, in Feierstunden will stolze Selbstzufriedenheit vorgeführt werden, kein Krieg der Worte, sondern ein Aufmarsch der Friedenstruppen betulicher Floskeln. So sehr ich das auch verstehe, und es gibt ja tatsächlich viele gute Gründe zu feierlichem Stolz, so deutlich sehe ich da auch ein Problem: Wer sich zurückerinnert an die Unterzeichnung der Römischen Verträge, wer die Leistung der Gründergeneration der EU, ihre Einsichten und Absichten, feierlich würdigt, der formuliert alleine dadurch radikale Kritik am heutigen Zustand der EU. Denn mit der Rückbesinnung auf die Römischen Verträge wird auf peinigende Weise vorgeführt, was die Generation, die heute in europapolitischer Verantwortung steht, vergessen oder nie begriffen hat. Mit anderen Worten: wer die Gründer lobt, unterzieht die Erben einer vernichtenden Kritik.

Versuchen Sie einmal Folgendes: fragen sie die Staats- und Regierungschefs oder die Ministerinnen und Minister der europäischen Mitgliedstaaten, die heute im Rat Entscheidungen treffen, was die Ideen und Absichten jener Politikergeneration war, die die Römischen Verträge ausgehandelt und unterzeichnet hat.

Sie werden feststellen: sie wissen es nicht. Und wenn man es ihnen sagt, dann antworten sie: ach was, was reden Sie da, das ist doch eine Spinnerei, eine verrückte Utopie! [...]

Worin besteht denn nun die „Spinnerei“ der Römischen Verträge, was ist denn ihre „verrückte Utopie“? In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte der europäische Nationalismus zu zwei verheerenden Weltkriegen und zu den größten Menschheitsverbrechen, bis hin zu Auschwitz, geführt. Die europäische Zivilisation war zerstört. Aus diesen Erfahrungen musste eine Lehre gezogen werden: dies sollte nie wieder geschehen können. Allein dieser Satz, dieses „Nie wieder!“ war ein Versprechen auf Ewigkeit. Die Frage war, wie es gelingen könne, die verfeindeten Nationen nachhaltig auszusöhnen und den Nationalismus zu überwinden, so dass nachhaltig ein friedliches und freies Zusammenleben auf diesem geschichtsverwüsteten Kontinent möglich wird. Die Gründerväter des Vereinten Europas hatten die Erfahrung gemacht, dass Friedensverträge und Bündnisse von Nationalstaaten Kriege nicht verhindern. Daher entwickelten sie die Idee, die Ökonomien der Nationalstaaten so zu verflechten, dass ein System wechselseitiger Abhängigkeiten, schließlich eine Partnerschaft auf der Basis gemeinsamer Interessen entsteht, die nationale Sonderwege, die sich historisch als gemeingefährliche Irrwege erwiesen haben, verunmöglicht. Gut, so weit ist die Geschichte bekannt. Das ist aber auch der Grund, warum die politischen Eliten und wahrscheinlich die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Mitgliedstaaten die EU im Grunde nur als bessere Wirtschaftsgemeinschaft sehen, im Kern eben als einen gemeinsamen Markt – den sie missverstehen: nämlich bloß als Vorteil für nationale Wirtschafts- und Handelsbilanzen. Aber die politische Union sehen sie misstrauisch als System der Entmündigung und Fremdbestimmung, als Bedrohung sogenannter nationaler Souveränität, weshalb nationale Interessen sogar auf dem eigentlich erwünschten gemeinsamen Markt verteidigt werden, zum Beispiel in Form der Verteidigung nationaler Arbeitsmärkte, wodurch die Bürger und ihre politischen Repräsentanten schon wieder in der Falle des Nationalismus sitzen, der doch überwunden werden sollte.

Die Gründerväter aber hatten vor sechzig Jahren die radikale Einsicht, dass der Nationalismus an der Wurzel besiegt werden muss, das heißt letztlich durch die schrittweise Überwindung der Nationalstaaten. Dieser Gedanke ist sehr wichtig, das ist es, was wir uns heute wieder in Erinnerung rufen müssen: Das „Friedensprojekt EU“ ist im Kern ein Projekt zur Überwindung der Nationalstaaten. [...]

Die Römischen Verträge sind die Geburtsurkunde der Europäischen Union. Und diese Union sollte ein Projekt zur Überwindung der Nationalstaaten sein – das kann man nicht oft genug sagen, denn es ist genau das, was die politischen Eliten Europas heute vergessen haben oder feige verschweigen. Die Römischen Verträge bezeichnen in diesem Sinne auch die Geburtsstunde des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament hatte zunächst kaum Rechte und Möglichkeiten, und doch war die Geburtsstunde des Europäischen Parlaments eine politische Revolution: es entstand die erste direkt gewählte übernationale Volksvertretung. Und welchen Sinn sollte eine übernationale Volksvertretung haben, wenn nicht diesen: perspektivisch die nationalen Parlamente abzulösen.

Jean Monnet schrieb in seinen Memoiren, in jenem Kapitel, in dem er sich an die Verhandlungen erinnerte, die zu den römischen Verträgen führten: „Es gab eine Reihe nationaler Widerstände. Aber es gab schließlich doch auch diese Erfahrung: Die Nationen und ihre politischen Institutionen hatten definitiv bewiesen, dass sie dem Anspruch nach Frieden und Rechtszustand auf Dauer nicht genügen können. Davon leiteten wir alles ab: das politisch sofort Machbare, und das politisch erst in Zukunft Machbare. Die politischen Eliten, die heute in europapolitischer Verantwortung stehen, haben also eindeutig die europäische Idee vergessen oder nie begriffen. Denn: warum sonst sagen sie nicht, worum es geht? Warum wird in Sonntagsreden immer wieder Europa nur beschworen, aber nicht erklärt, warum sollen die „europäischen Werte“ und das „Friedensprojekt Europa“ heute durch Einschränkung der bürgerlichen Rechte, durch Ausnahmezustand und durch Beteiligung an den Kriegen anderer verteidigt werden? Warum machen wir europäische Werte zu einer Phrase, in der Praxis zu einer Karikatur, statt sie zu leben, was hieße, eine nachnationale Verfassung zu entwickeln, die nachnationale Demokratie weiter zu entwickeln, hin zu einer europäischen Republik? Warum hüllen wir uns nach Terroranschlägen in europäischen Städten in unserer Betroffenheit ausgerechnet in Nationalflaggen und singen Nationalhymnen, und halten uns dadurch für solidarische Europäer? Warum wird immer wieder mit scheinheiligem Bedauern gesagt, dass Europa leider so schwer zu erklären sei, weil es kein „Narrativ“ habe, statt laut zu sagen: wir müssen kein Narrativ erfinden, wir haben eines. Es geht um die Souveränität der europäischen Bürgerinnen und Bürger, und nicht um die Souveränität von Nationen. Warum wird das nicht selbstbewusst gesagt, warum wird hilflos zugeschaut, wie die Nationalisten an Boden gewinnen, warum macht man ihnen Konzessionen, statt ihnen entgegenzutreten mit den besseren Argumenten: wir haben die historische Erfahrung mit dem Nationalismus, er hat diesen Kontinent in Schutt und Trümmer gelegt und unermessliches Leid über Abermillionen von Menschen gebracht. Nationalismus ist keine schöne Utopie, schon gar kein Menschenrecht, sondern ein historisches Verbrechen. Der Nationalismus ist nicht die Lösung, er ist das Problem.

Alle Phänomene, die heute unser Leben bestimmen oder bedrängen, sind nämlich längst transnational: Die Wertschöpfungskette, die Nahrungskette, die Finanzströme, die

ökologischen Probleme, die Flüchtlings- und Migrationsströme, das Internet und seine gesellschaftspolitischen Konsequenzen, die Überwachung und damit die Bedrohung der Bürgerrechte. Was immer es ist, womit wir uns heute auseinandersetzen müssen, es macht vor nationalen Grenzen nicht halt und es lässt sich nicht innerhalb von nationalen Grenzen politisch ordnen und regeln. Und alles, was unser Leben bereichert und lebenswert macht, Kunst Kultur, Wissenschaft, der Austausch von Ideen und Innovationen, will keine nationalen Grenzen, nationale Grenzen schützen Kultur und Geist nicht, sondern ersticken sie. Das ist es, was Sie den Zweiflern, den Skeptikern, all jenen, die zu den Nationalisten überlaufen, erklären müssen.

Das muss Ihnen klar sein: So schwer Ihre Aufgaben auch sind, sie sind leichter als das, was vor sechzig Jahren zustande gebracht worden ist. Aber Ihre Aufgabe ist nicht nur vergleichsweise leichter, sie ist jetzt auch noch dringlicher und drängender: denn es sterben jetzt die letzten Überlebenden der europäischen Katastrophe. Um das in seiner historischen Dimension jetzt ganz klar zu machen, schließe ich mit einem Zitat von Walter Hallstein, aus seiner römischen Rede: „Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, die überkommenen Grenzen aufzuheben und die Freizügigkeit für Menschen, Waren und Kapital herzustellen. Wir müssen uns vielmehr der traditionellen Ungleichgewichte zwischen den Regionen und erst recht der neu entstehenden Ungleichgewichte annehmen. Sonst würden wir in Widerspruch zu den Zielen des römischen Vertrags geraten, der fordert, dass der ökonomische Abstand zwischen den einzelnen Gebieten verringert wird, bei gleichzeitigem Schutz derer kulturellen Eigenarten. Die Regionalpolitische Verantwortung der Gemeinschaften gilt dabei nicht nur den Räumen, in denen sich die Gefahr einer Überentwicklung abzeichnet, sondern ebenso den Gebieten, die wirtschaftlich schwächer entwickelt sind. Wenn wir also Wirtschaftspolitik oder Sozialpolitik treiben, so muss in unserem Handeln immer ein regionalpolitisches Element sein. Die Regionalpolitik muss gleichsam alle diese Politiken durchdringen. Auch umgekehrt gilt aber: Immer, wenn wir Regionalpolitik machen, ist die Gesamtheit der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Spiel“. Eine Friedensunion ist noch nicht dadurch gewährleistet, dass es im Moment undenkbar erscheint, dass die europäischen Nationen wieder militärisch übereinander herfallen. Die Friedensunion verdient den Namen nur, wenn auch der soziale Friede auf diesem Kontinent gesichert wird, in einem demokratischen System, das Freiheit, gleichen Rechtszustand und gleiche politische Partizipationsmöglichkeiten für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger garantiert, unabhängig von ihrem jeweiligen nationalen Pass.

Das ist im Kern der Auftrag, eine europäische Republik zu entwickeln. Und das ist Ihr faszinierender Auftrag, sehr geehrte Damen und Herren! Machen Sie Europa zur weltpolitischen Avantgarde!

Sie wollen feiern? Also feiern wir, dass wir bereit sind, in diesem Geiste weiter zu gehen. Und in zehn Jahren, beim Jubiläum Siebzig Jahre Römische Verträge, wollen wir die großen Schritte feiern, die wir wieder vorangekommen sind.

Was fehlt? Vieles. Was kann ich noch anfügen? Ein pathetisches Wort:

Es lebe die Europäische Republik!